# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoeuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48 Wilhelm-Str. Nr. 32.
Redaktion: Amt VI, 3743. Expedition: Amt VI, 3748.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 40. [47. Jahrgang.] Sonntag den 16. Februar 19[illegible] Erste (Abend-)Ausgabe. [47. Jahrgang.] Nr. 40.


**Berlin, den 15. Februar.**

## Rückblick.

Während die Beratungen des Reichstages von einer kurzen Pause unterbrochen wurden, tagte das preußische Abgeordnetenhaus auch am Sonnabend und am Montag. Erstere Sitzung war der Spezialberatung des Etats der Bauverwaltung gewidmet und bewegte sich zunächst in den hier gewohnten Erörterungen einzelner Fälle. So machte der konservative Abg. Hammer auf gewisse Beschwerden bei Handhabung des Submissionswesens aufmerksam, Abg. Hauptmann (Z.) auf die ungünstigen Wasserverhältnisse bei der Rheinschiffahrt. Hier entgegnete der Minister der öffentlichen Arbeiten, daß diese Flußstraße immerhin doch einen bedeutenden Verkehr entwickelt habe, also im allgemeinen gut sein dürfte; im übrigen werde bei Einführung von Schiffahrtsabgaben den berechtigten Wünschen auch Entgegenkommen bewiesen werden. Zum Kapitel der Baupolizei wies Abg. Felisch auf die Möglichkeit hin, daß die großen Hohlräume der modernen Warenhäuser sich als ein gefährlicher Brandherd erweisen könnten. Unterstaatssekretär Freiherr Coels von der Brügghen legte aber in beruhigender Weise dar, daß hier bisher nichts versäumt wurde, und daß man auch ferner dieses Moment im Auge behalte. Jedenfalls böten weite Räume minder große Gefahren als eine verzweigte Flucht engerer Gelasse. Einer Anregung der Abgg. Rosenow und Wolz gegenüber, Erweiterung der Oderschleusen von Oberschlesien her betreffend, wies Minister Breitenbach darauf hin, daß die Schleusen der oberen kanalisierten Oder schon für Schleppzüge eingerichtet werden. Ein Ausbau der Wasserstraße über die im Gesetz vorgesehene Schiffbarkeit für Fahrzeuge von 400 To. müsse von der künftigen Entwicklung des Verkehrs abhängig gemacht werden. Weiterhin erklärte der Minister, er hoffe, daß die Verhandlungen mit Hamburg in der für Harburg wichtigen Köhlbrandfrage im Laufe des Jahres zum Abschluß gelangen würden, und teilte ferner mit, daß die im Etat vorgesehene Baurate für Emden nicht für Erdarbeiten, sondern zur Beschaffung von Baumaterialien und zu Baggerungen bestimmt sei; mithin wäre eine ungünstige Rückwirkung auf die Arbeiterverhältnisse der Landwirtschaft nicht zu befürchten. — Am Montag kam es beim Etat der Zentralgenossenschaftskasse zu einer ausgedehnten Debatte, der zweiten über den Gegenstand in diesem Jahre. Eine vom Abg. Krüger (Frs. Vp.) geübte Kritik wurde von den anderen Rednern des Hauses als sachlich zu weit getrieben empfunden; der Finanzminister insbesondere wies diese vom Standpunkte des Interesses der Schulze-Delitzschschen Genossenschaften erhobenen Vorwürfe in beifällig aufgenommenen Ausführungen zurück. Die Preußenkasse laufe den genannten Genossenschaften nicht nach, müsse aber deren Bedürfnisse befriedigen, wenn sie Kredit bei der Preußenkasse nachsuchen.

[illegible] Wirkungen der Preußenkasse auf die Entwicklung des Genossenschaftswesens dar. Präsident Dr. Helligenstadt trat den Krügerschen Angriffen ebenfalls entgegen und wies u. a. nach, daß es beispielsweise mit dem von dem Abgeordneten gemachten Vorwurf, die Preußenkasse boykottiere seine Genossenschaften, in Wirklichkeit umgekehrt stehe. — Der Mittwoch brachte die zweite Beratung des Kultusetats (Ministergehalt), und die Verhandlungen standen unter dem Zeichen der ersten Worte des ersten Redners, Abg. Dr. Dittrich (Z.): „Wir pflegen diesen Titel zu benutzen, um in großen Zügen dem Herrn Minister unsere Wünsche und Auffassungen vorzutragen." — Nachdem Kultusminister Dr. Holle diesem und dem folgenden Redner, Dr. v. Jagdzewski, nachgewiesen hatte, daß die Staatsregierung den charitativen Einrichtungen der katholischen Kirche großes Wohlwollen zeige, kam die aus Anlaß einer Verfügung der Liegnitzer Regierung viel behandelte Frage, inwiefern eine Reihe von Büchern, welche die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung verteilt, für Volksbücherei passend sei, zur eingehenden Erörterung. Hierzu teilte der Minister mit, er habe sich mit dem Vorstand dieser Gesellschaft dahin verständigt, daß die Volksbibliotheken von Büchern zu bewahren seien, deren Inhalt nationale oder religiöse Einwendungen nahelegen. Die Hebung der Volksschule aber, das Hauptthema der Diskussion, bezeichnete der Unterrichtsminister als seine erste Aufgabe. Dabei habe er die Notwendigkeit erkannt, die Kreisaufsicht im Hauptamt durch Fachmänner allgemein wahrnehmen zu lassen. In Verbindung damit habe er sich im Prinzip die Forderung des Abgeordnetenhauses angeeignet, die staatliche Schulverwaltung von den Regierungen auf die Kreise zu dezentralisieren. Auch nach Abzweigung der technischen Aufsicht auf die Kreisschulinspektoren sei die Lokalschulinspektion, soweit das Rektoratsystem nicht durchgeführt, nicht zu entbehren. Der Lokalschulinspektor solle aber dem Lehrer mehr Berater und Helfer als Vorgesetzter sein. Später rechtfertigte auch Ministerialdirektor Schwartzkopff die von mehreren Vorrednern angegriffene Ausführungsanweisung zum Schulunterhaltungsgesetz (Wahl des Vorsitzenden in den ländlichen Schulverbänden). — Auch in der Donnerstagsitzung wurde diese speziell Materie noch des breiteren erörtert, wobei der Minister der Darlegung des Ministerialdirektors ausdrücklich beitrat. Dem Abg. Fischbeck (Frs. Vp.), der wiederum auf die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung zurückgekommen war, erwiderte er, es wäre richtiger gewesen, den Erlaß der Schulabteilung der Liegnitzer Regierung nicht zurückzunehmen; für Volksbibliotheken eigneten sich nur Bücher, die erzieherisch richtig wirken. Nach dem jetzt getroffenen Abkommen werde die Gesellschaft ihre Ziele daher besser erreichen. — Vorausgegangen war eine kürzere Debatte über den Gesetzentwurf betr. die Herstellung einer Dampfschiffenverbindung zwischen Saßnitz und Trelleborg, der an die Budgetkommission gehen soll.

Mit Annahme der Zusatzakte zur Brüsseler Zuckerkonvention sowie des Kompromißantrages wegen künftiger Herabsetzung der Zuckersteuer begann der Reichstag am Dienstag seine Arbeit, worauf er die Beratung des Militäretats fortsetzte. Generalleutnant Sixt von Armin beantwortete hier noch zahlreiche Fragen und Anregungen, wobei er namentlich bei der Haltung der Heeresverwaltung gegenüber den durch sie beschäftigten Arbeitern verweilte. Mit Recht wies der Stellvertreter des Kriegsministers auf das stete Wohlwollen der Verwaltung hin und bemerkte mit Bezugnahme auf die zahlreichen Petitionen, daß ihre Wünsche zum Teil jedes Maß überschreiten. Künstliche Lohnsteigerungen befürworten, schöne höchstens eine Situation, angesichts deren man zu fragen hätte, ob dann die technischen Institute nicht besser alsbald abzuschaffen seien. Die Spezialberatung wurde an diesem Tage erledigt, so daß man am Mittwoch auf die Weiterberatung des Antrages v. Richthofen (Vorlegung eines Gesetzentwurfs über Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten) übergehen konnte, der einstimmige Annahme fand. Nunmehr ging das Haus zum Antrage Prinz Schönaich-Carolath (nl.) über, der ein Gesetz zur Regelung des Automobilwagenverkehrs verlangt. Nach Begründung des Antrags durch den Antragsteller führte Staatssekretär Dr. Nieberding aus, es bestehe bei den verbündeten Regierungen der ernste Wille, durch ein gesetzgeberisches Vorgehen den Mißständen im Automobilwesen, vorab der großen Zahl von Unfällen entgegenzuwirken. Einer rascheren Erledigung der Frage habe die Absicht entgegengestanden, zunächst die Wirkungen der neuen Verkehrsordnung abzuwarten. Aus der letzten Statistik, deren Ergebnisse im März amtlich bekannt gegeben würden, teilte der Staatssekretär schon einige Ziffern mit, die bemiesen, daß die Notwendigkeit eines Vorgehens im Wege der Gesetzgebung nach wie vor fortbesteht. Nach dieser Statistik haben sich in der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis dahin 1907 4981 Automobilunfälle ereignet, die Hälfte davon in Berlin; Personen sind 2419 zu Schaden gekommen, außerdem haben 145 ihr Leben eingebüßt; die große Mehrzahl der Unfälle entfällt auf Personenwagen. Ein auf Anordnung des Reichskanzlers ausgearbeiteter Gesetzentwurf liege den preußischen Ressorts vor, wo er, nach den Erklärungen des Ressortministers im Abgeordnetenhause bei Gelegenheit der dortigen Interpellation zu schließen, keinen Schwierigkeiten begegnen wird. Auch im Bundesrat dürfte seine Beratung bevorstehen. Die Hauptsicht wird in diesem Entwurf ihre Regelung finden, die Frage des Befähigungnachweises für Automobilführer und die Frage der Bestrafung. Bis jetzt ist zwar, wie der Staatssekretär mitteilte, noch kein Staat imstande gewesen, das schwierige Problem einer allen Beteiligten genügenden Automobilgesetzgebung zu lösen, und hoffentlich werde Deutschland der erste Kulturstaat Europas sein, dem dies gelingt. Der Antrag fand, zugleich mit einem teilweis ergänzenden des Abg. Gröber, sodann Annahme. — Es folgte die hundertste Sitzung des Reichstages; sie galt dem Postetat. Dem Abg. Singer, der neben anderen Vorhaltungen von ähnlichem Werte auch behauptete, das Briefgeheimnis werde nicht beachtet, erwiderte Staatssekretär Kraetke nach Gebühr, daß er auf leichtfertige Verdächtigungen hin keine Verfügung erlassen werde, deren Inhalt die Beamten obenein verletzen müßte. Auch den Fall des Wiesbadener Arztes Dr. Schellenberg legte der Staatssekretär hinreichend klar. Die Beratung wurde am Freitag fortgesetzt, wo der Leiter der Reichspostverwaltung das Telephongesetz ankündigte und sich über das Bestreben äußerte, die Gruppe der gehobenen Unterbeamten zu vergrößern.

Den Sitzungen des Deutschen Landwirtschaftsrats, die in der verflossenen Woche stattfanden, ist die Ehre der Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers zu teil geworden. Der Monarch erschien, vom Vorsitzenden und den Mitgliedern ehrfurchtsvoll begrüßt, am Donnerstag vormittag im großen Saal des Herrenhauses, wo die Versammlung tagte, und folgte mit Anteilnahme dem Vortrag des Wirkl. Geh. Rates Prof. Dr. Roder[illegible] über die Notwendigkeit [illegible] Sicherung und jetzige Gewinnung aus atmosphärischem Stickstoff. Ebenso folgte der Kaiser dem Referat des Regierungsbaurats Dubisław-Münster über Ausnutzung der deutschen Wasserkräfte, sowie den eingangenden Vorträgen der Herren Bräunlich, Dr. Caro und Dr. Schönherr. Mit Genugtuung und Freude erfüllte es die Teilnehmer an den eingehenden und vielgestaltigen Beratungen der Körperschaft, daß der Kaiser ihren Bemühungen in dieser Weise seine Huld zu erkennen gab. Dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats mußte der Reichskanzler Fürst v. Bülow, von seiner Unpäßlichkeit noch nicht hergestellt, diesmal fernbleiben, gab aber in den Antwort auf ein ihm gesandtes Begrüßungstelegramm mit eindrucksvollen Worten kund, daß er es weiter für eine seiner vornehmsten Pflichten für das deutsche Volk erachte, in bisheriger Art auch für das Gedeihen der Landwirtschaft weiterzuwirken. Unter den Rednern des Abends befanden sich der Herzog-Regent Johann Albrecht von Braunschweig und Staatssekretär Dernburg. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär des Innern v. Bethmann Hollweg, begrüßte die Teilnehmer mit einer Ansprache, die nach der Wiedergabe des Reichs- und Staatsanzeigers folgendermaßen lautete:

Der Herr Reichskanzler läßt Ihnen den Ausdruck seines schmerzlichen Bedauerns darüber übermitteln, daß er heute die Unpäßlichkeit von Ihrem heutigen festmahle ferngehalten wird, und hat mich beauftragt, Ihnen seine besten Grüße und Wünsche auszusprechen. Wenn infolge dieser Umstände mir die Ehre zu teil wird, an Sie, als die berufenen Vertreter der gesamten deutschen Landwirtschaft, das Wort zu richten, so erfüllt es auch die Reichsregierung mit lebhafter Befriedigung, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat in der weiteren und strafferen Ausgestaltung der ihm zu Grunde liegenden einzelstaatlichen Organisationen einen immer zunehmenden Halt, eine immer wachsende Festigkeit gewinnt. Der korporative Zusammenschluß der Landwirte hat ebenso wie der technische Ausschwung des landwirtschaftlichen Gewerbes seinen Anfang genommen in einer Zeit, wo es der deutschen Landwirtschaft bitter schlecht ging. In Zeiten äußerster Not hat sie sich aus sich selbst heraus zu regenerieren versucht, sie ist gewachsen, nicht wie ein verzärteltes Kind, sondern wie ein junger Mann, der sich in Kampf und harter Arbeit sein Leben erwirbt. Sie wird ihre so gewonnenen Kräfte weiter fühlen müssen, wenn sie der Gegenwart und Zukunft gewachsen sein will. Gewiß haben die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit denen das Reich die Lebensbedingungen der deutschen Landwirtschaft international zu regeln und zu sichern unternommen hat, bessere Zeiten heraufgeführt, sie haben vor allem die Lust und Liebe des Landwirts an seinem Beruf gekräftigt, indem sie ihm wieder Vertrauen gaben, ein Vertrauen, besten die Landwirtschaft in besonderem Maße bedarf, weil sie mit langfristigen Wechseln arbeitet. Aber mit diesem Schutz hat die Landwirtschaft eine unendlich gesteigerte Verantwortlichkeit übernommen. Verantwortlichkeit gegen sich selbst, weil bessere Zeiten die Kräfte aufbieten müssen für die immer ungewisse Zukunft, Verantwortlichkeit gegen die Allgemeinheit, weil die deutsche Landwirtschaft zeigen muß, daß sie das wachsende deutsche Volk selbst zu ernähren vermag. Daß sie das kann, ist mit keinem Augenblick zweifelhaft. Der Uebergang vom extensiven zum intensiven Betrieb ist noch so jung, die Verbreitung gut gezüchteten Saatgutes noch so ausdehnungsfähig, die Viehzucht kann nach Quantität und Qualität noch so gesteigert werden, das Areal mittelmoorsfähiger Moorländereien ist noch so ungeheuer, mit der inneren Kolonisation sind wir noch so im Rückstande — kurz, die Voraussetzungen für die Steigerungsfähigkeit landwirtschaftlicher Erträge sind noch so zahlreich, daß die ungeheuren Fortschritte, welche die Landwirtschaft in der neueren Vergangenheit verzeichnen kann, noch lange nicht als abgeschlossen zu gelten haben. Nur aber wenn der landwirtschaftliche Produzent die Anforderungen des Konsumenten zur vollen Genüge befriedigen kann, nur wenn die deutsche Landwirtschaft sich die unbeeinflußte Achtung vor ihren Leistungen erzwingt, wird sie allmählich die Vorwürfe verstummen machen, welche ihrem Egoismus und ihrer Habgier von ihren Feinden entgegengehalten werden. Eine gewisse Besserung scheint sich mir in dieser Beziehung schon jetzt anzubahnen, wie Ihr Herr Präsident das an treffenden Beispielen dargelegt hat. Vorteilhaft tragen dazu bei die immer engeren und regeren Beziehungen, in die die Landwirtschaft zu Technik und Industrie, zu Erfindung und Wissenschaft tritt, vorteilhaft auch die kaufmännischen Formen, denen sich der landwirtschaftliche Betrieb je länger je mehr anpassen muß. Die Zeiten der Isoliertheit des landwirtschaftlichen Gewerbes sind vorbei; trotz zunehmender Industrialisierung des Landes verwächst die Landwirtschaft immer enger mit den übrigen Berufsständen. — Ein flüchtiger Blick auf die Tagesordnung Ihrer diesjährigen Beratungen zeigt, eine wie komplizierte Kunst die Landwirtschaft geworden [illegible] welche Hülfsmittel sie sich dienstbar machen kann und machen muß, aber auch, mit welchen Schwierigkeiten, Gefahren und Lasten sie rechnen hat. Von dem bei weitem schwierigsten Problem hat Ihr Präsident soeben gesprochen, von der Arbeiterfrage, auch davon, daß dieses Problem von Tag zu Tag bedenklicher ist, als die Arbeiterzahl in [illegible] nicht etwa nur, wie man wohl meint, den großen, sondern gerade [illegible] Weise auch den mittleren und kleinen Grundbesitz [illegible] Ihnen gegenüber brauche ich mich nicht über die Gefahren [illegible] und die Schwierigkeiten seiner Lösung auszusprechen. [illegible] sind nicht rein landwirtschaftliche, sondern sie greifen in jedem neuen Falle fragen, ob dieses Mittel jetzt zum Erfolge führt. Und dann wird Bernstein deutlicher. Er denkt „selbstverständlich nicht an irgend welche Preisgabe sozialdemokratischer Grundsätze und Kritik, wohl aber an ein gewisses Maßhalten in den Formen der Kritik". Warum? Um irrationelle Elemente nicht abzustoßen. — Um das auszusprechen, muß Bernstein so lange herumdrücken. Mit den dann zu erwartenden radikalen Erfolgen rechtfertigt er ein minder radikales äußeres Auftreten. Vom sozialdemokratischen Standpunkt aus ist das gewiß gar nicht so töricht. Es ist nur gut, daß, wenn man einmal sei es noch so verklausuliert und verblümt, ausspricht, auch die Gegner die Tätigkeit Dr. Barths, v. Gerlachs und Breitscheids schwer als Mißfluß einer bestimmten Ueberzeugung anerkennen, aber durchaus im Gegensatz zum Lebens- und Machtinteresse ihrer eigenen politischen Partei stehend finden. — Weiter wird in der Danziger Zeitung, ebenfalls einem Organ der Freisinnigen Vereinigung, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt:

„Tag für Tag schweren Anschuldigungen seitens dieser Herren ausgesetzt zu sein, ist kein Vergnügen. Es ist schlechterdings unbegreiflich, wie weit sich ein Mann wie Barth dabei vertritt. Er, der früher der lauteste Rufer für Zusammenschluß aller liberalen Kräfte war, legt es förmlich darauf an, alles zu sprengen. Statt seine ganze Kraft gegen rechts einzusetzen, bekämpft er fortwährend die eigenen Fraktionsgenossen, die ihm nicht forsch genug sind. Und wenn er schon einmal seinem Herzen Luft zu machen sich nicht entsagen kann — wozu immerfort und allerorten und bei allen Gelegenheiten dieselben, genau dieselben Invektiven! Soll damit wohl eine Schlacht gewonnen werden, wenn das eine Bataillon dem anderen fortwährend vorwirft, sie taugten nicht zum Kampfe? Welchen Eindruck muß das im Lande machen, hier beim Freund und da beim Feind? Wem dient man mit einem solchen wahrhaft herzstraktischen Treiben? Dem Siberalismus gewiß nicht, und der Einigung im Liberalismus, die nötiger ist, denn je vorher, erst recht nicht."

Schließlich sei noch eine Auslassung der Mecklenburger Nachrichten verzeichnet, die mit der „Firma" Barth, Breitscheid u. Co." kräftig ins Gericht geht. Das Blatt bemerkt sehr richtig, daß Herr Barth sich bemüht, die Geschäfte der Sozialdemokratie, in der untergutauchen er sich scheut, außerhalb ihrer Organisation zu besorgen, um dem Freisinn nach Kräften zu schaden. Als wirdiger Kampfgenosse sieht ihm außer Herrn v. Gerlach Herr Breitscheid zur Seite, „der überall gegen bürgerliche Interessen zu Felde zieht, gleichviel, wo sich die Gelegenheit dazu bietet." Das genannte Schweriner Blatt nimmt zu diesem Treiben wie folgt Stellung:

„Mit seinen beiden Getreuen macht Barth gegen die Blockpolitik und die liberale Fraktionsgemeinschaft mobil. Sein Tun, wie das der beiden anderen, zeugt von politischer Kurzsichtigkeit und Selbstsüchtigkeit. Wenn auch die einsichtigen Elemente der Freisinnigen unbedingt an der Blockpolitik festhalten, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß durch die rücksichtslose Agitation der Herren im Lande die Freude am Block, dessen wir zur Sanierung unserer innerpolitischen Verhältnisse dringend bedürfen, erstickt wird. Der Freisinn aber würde erneuts von einem Auseinanderfallen des Blocks irgend einen Vorteil haben. Nur im Zeichen des Blocks kann er gewinnen. Einen wirklichen Vorteil vom Zersplittern des Blocks hätte nur die Sozialdemokratie. Das liberale Bürgertum aber würde zur gänzlichen Einflußlosigkeit verurteilt sein. Die Sozialdemokratie hat für Dinge, die ihr Vorteil bringen, eine feine Witterung. Und wenn es überhaupt eines Nachweises bedurft hätte, um zu zeigen, wem allein dieses Wüten gegen das eigene Fleisch zum Vorteil gereicht, so schließt der Leitartikel in der letzten Nummer der offiziellen Neuen Zeit jeden Zweifel aus. Es heißt darin, daß die Sozialdemokratie die zerfetzende Kritik des Dr. Breitscheid und Genossen gegenüber dem Freisinn getrost für sich mit in den Kauf nehmen könne. Allerdings mit der Maßgabe, daß auch diese Herren auf die politische Knochenerweichung des Proletariats hinarbeiten. Also statt des Dankes für die Maulwurfsarbeit im eigenen Lager den Fußtritt von der Sozialdemokratie. Es geschieht den Herren schon recht, sie werden auch aus dieser Aeußerung nicht lernen! Für den Freisinn aber erwächst allmählich die Pflicht, sich gegen diese Schädlinge zu wehren, wenn er nicht das, was er mühsam langsam aufbaut, stürzen sehen will."

Um seinen Anschauungen bei gewissen Leuten mehr Gewicht zu verleihen, ruft Herr Barth im gesinnungsverwandten Berliner Tageblatt das Zeugnis des Auslandes an, ein Vorgehen, das, wie die Mecklenburger Nachrichten mit Recht feststellen, „ein bedauerliches Kennzeichen ist für den Tiefstand seines nationalen Empfindens, abgesehen davon, daß wir uns vom Auslande nicht das in unsere innerpolitischen Angelegenheiten hineinreden lassen, es auch dem Auslande bestreiten müssen, ein maßgebendes Urteil über diese fällen zu können". Wenn aber Herr Barth es sich nicht einmal versagt, die Londoner Times zu seinen Gunsten anzuführen, so vermag man kaum noch guten Glauben anzunehmen, da ihm sehr wohl bekannt sein muß, daß, wie wir mehrfach und noch kürzlich wieder hervorhoben, England, der älteste Verfassungsstaat Europas, bis heute noch kein allgemeines Wahlrecht besitzt, die Times daher näherliegende Aufgaben hätte, wenn